



Arbeitsmarkt

## Frühjahrsaufschwung bleibt aus

„Wer wie Rot-Grün in diesen Zeiten über Ausbildungsplatzabgabe, Erbschafts- und Vermögenssteuer fabuliert, der braucht sich über die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt auch nicht zu wundern“, sagte CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer anlässlich der

**Veröffentlichung der Arbeitslosenzahlen für den Monat März.**

Der allseits herbeigesehnte Frühjahrsaufschwung finde nicht statt. Unterm Strich ist die Zahl der Erwerbstätigen im Vergleich zum Vorjahr um rund 500.000 ▶

### INHALT

Arbeitsmarkt  
Zahlen veranschaulichen  
desolate Lage  
Seite 3-4

Volker Kauder:  
Deutschland braucht weiterhin Reformen  
Seite 5-7

Mitgliederentwicklung  
Erneuter Zuwachs im März  
Seite 11

## HEUTE AKTUELL

■ Zum 50. Geburtstag von Eckhardt Rehberg (Seite 7) ■ BACDJ-Kongress in Karlsruhe (Seite 8) ■ Bürokratieabbau in der Modellregion (Seite 9) ■ Fachgespräch zur Nanobiotechnologie (Seite 10) ■ CDU-Arbeitskreis erarbeitet Energieprogramm (Seite 10) ■ Rheinland-Pfalz braucht Sonderprogramm „Schule, Bildung, Hochschule“ (Seite 12) ■ EAK – Ethischer Dammbruch befürchtet (Seite 13) ■ Ankündigung Berliner Gespräche (Seite 13) ■ April-Ausgabe der politischen Meinung: Friedensprojekt Europa (Seite 14) ■ Bürgermeister am Katzentisch (Seite 14) ■ Peter Hintze: Privilegierte Partnerschaft wird populärer (Seite 15) ■ Katharina Reiche, Steffen Kretschmer: Neue Länder brauchen Doppelstrategie (Seite 15) ■ Maria Böhmer: Unternehmen sind nicht die Schulen der Nation (Seite 16)

► zurückgegangen. Diese Zahl sei es, die letztlich zähle, so Meyer. Bei der Arbeitslosigkeit hat zudem das Ost-Westgefälle weiter deutlich zugenommen. In Westdeutschland zählten die Arbeitsämter 2,871 Millionen Arbeitslose. Die Quote liegt dort bei 8,7 Prozent. In Ostdeutschland waren 1,676 Millionen Menschen ohne Arbeitsplatz. Die Quote beträgt dort 19,2 Prozent.

Die Zahl der Arbeitsplätze nehme von Monat zu Monat ab und die der Unternehmenspleiten zu. Noch immer seien in Deutschland – offen und verdeckt – rund sieben Millionen Menschen ohne Arbeit. Den leichten Rückgang der Arbeitslosenquote führte Meyer auf eine Änderung der Statistik zurück. „Mit allen möglichen Tricksereien hat die rot-grüne Bundesregierung versucht, die offizielle Arbeitslosenstatistik zu schön“, so der Generalsekretär. Im vergangenen Jahr habe Rot-Grün alle Älteren aus der Statistik herausgenommen, in diesem Jahr alle, die sich in Trainingsmaßnahmen befinden.

Die Arbeitslosenquote ist gegenüber dem Vorjahresmonat von 11,1 auf 10,9 Prozent gesunken. Nach Angaben der Bundesanstalt für Arbeit wären ohne den Statistik-Effekt heute 62.200 Menschen mehr ohne Job als im März 2003. Besonders dramatisch sei die Situation bei den gemeldeten offenen Stellen. Hier ging die Zahl von 415.000 auf 324.000 zurück. „Die Bundesregierung kann es nicht“, konstatierte Meyer. Es reiche jetzt nicht mehr zu reden, Handeln sei gefragt. „Warum hört die Regierung nicht auf den Rat des eigenen Sachverständigenrates?“, fragte Meyer. Das A und O für einen selbsttragenden Aufschwung und mehr Arbeitsplätze im Osten seien eine punktgenauere Investitionsförderung, Bürokratieabbau und gesetzliche Öffnungsklauseln.

Deutschland brauche keine halbherzige „Agenda 2010“, sondern ein wirkliches Umsteuern in Richtung weniger Bürokratie, weniger Abgaben und mehr Wettbewerb.

## IMPRESSUM

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 0 30-2 20 70-3 72, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-2 13, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Profitlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementpreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

# Zahlen veranschaulichen desolante Lage

Nie zuvor hat die Last des ganzen Sozialstaates auf so wenigen Schultern gedrückt wie im fünften Jahr Rot-Grün. Nie zuvor in der deutschen Nachkriegsgeschichte war der Anteil der Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung so niedrig wie im Frühjahr 2004.

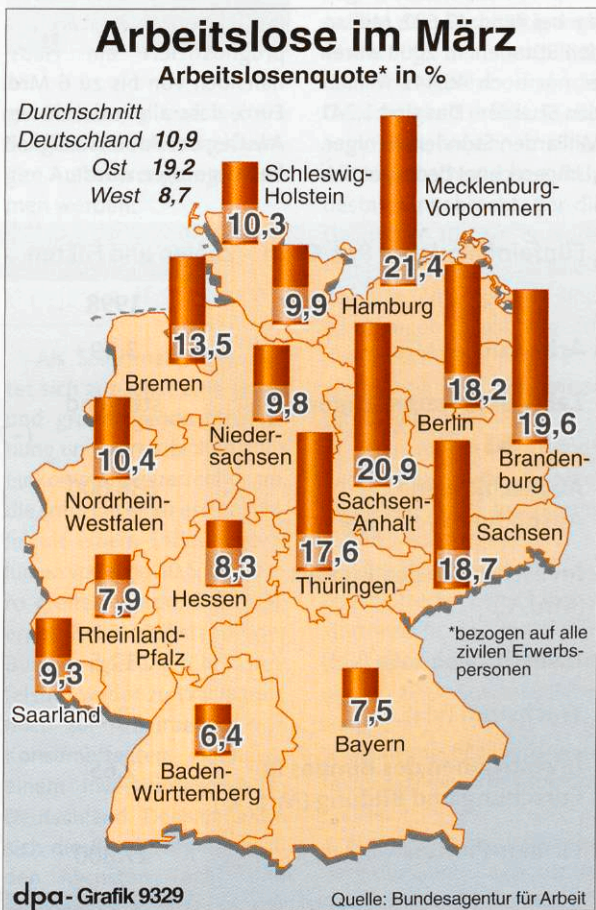
In den vergangenen 12 Monaten sind in Deutschland rund 795.000 Jobs vernichtet worden, davon 520.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. „Wer jetzt noch von Besserung und Trendwende spricht, sollte sich einer Therapie unterziehen“, rät Karl Josef Laumann, Vorsitzender der Fraktionsarbeitsgruppe Arbeit und Soziales. Die Bundesagentur für Arbeit sei vermutlich der einzige Ort in Deutschland, an dem Vollbeschäftigung herrsche.

**Jeden Monat 40.000 Jobs weniger**

Den Rückgang der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten sieht auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz als Kernproblem. Wenn man die Entwicklung in einem Zweijahres-Zeitraum be-

trachte, seien heute 850.000 Beitragszahler weniger erwerbstätig. Jetzt sind nur noch 26,5 Millionen Menschen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. „Jeden Monat gehen in Deutschland 40.000 Arbeitsplätze verloren“, rechnet Merz vor.

Der Vorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung, Peter Rauen, macht die dramatische Lage an anderen Daten fest: „Um das ganze Ausmaß der Misere zu erkennen, reicht der Blick auf die ohnehin deprimierende Arbeitslosenquote



nicht. Wir müssen vielmehr die Entwicklung der tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden betrachten.“ Die tatsächliche Unterbeschäftigung sei größer als die Nürnberger Quote vermuten lasse. Indikator für die Zugkraft oder eben Antriebschwäche seien die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden. Im ersten Jahr unter Schröder, 1999, lagen sie bei rund 47,682 Milliarden Stunden. In 2003 waren es nur noch 46,441 Milliarden Stunden. Das sind 1,241 Milliarden Stunden weniger. „Umgerechnet bedeutet die-

se Zahl knapp 912.000 Arbeitsplätze, die Rot-Grün auf dem Gewissen hat“, so der MIT-Vorsitzende.

### Höhere Kosten bei Arbeitslosenhilfe

Die Lage am Arbeitsmarkt hat auch Konsequenzen für den Bundeshaushalt. Der CDU-Haushaltsexperte Dietrich Austermann prognostiziert ein Haushaltsloch von bis zu 6 Mrd. Euro, dass allein durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit hervorgerufen werde.

Clement werde bei der Bundesanstalt für Arbeit mindestens zwei Mrd. Euro nachlegen müssen. Außerdem würden in diesem Jahr die Kosten der Arbeitslosenhilfe erneut besonders zu Buche schlagen. Hier drohen dem Bundeswirtschaftsminister drei bis vier Mrd. Euro Mehrausgaben, denn die Arbeitslosenhilfe steige weiterhin dramatisch. „Im Vergleich zum Vorjahresmonat hat sie im März um über 700 Mio. Euro zugelegt – ein Zeichen dafür, dass die Langzeitarbeitslosigkeit rasant wächst“ so Austermann.

#### Fünfeinhalb Jahre Rot-Grün – Zahlen und Fakten

	1998	2004 (März 2004)
<b>Arbeitslose (Mio.)</b>	3,89	4,54
<b>Zahl der Erwerbstätigen</b>	steigend	sinkend (-795.000 im Vgl. zum Vorjahr)
<b>Abgeschlossene Ausbildungsverträge</b>	636.000	564.500
<b>Investitionen des Bundes (Mrd. €)</b>	29,2	24,6 (-4,6)
<b>Investitionsquote (vH)</b>	12,5	9,6
<b>Wachstum (vH)</b>	2,0	-0,1 (2003)
<b>Investitionen des Bundes in Forschung und Bildung (Mrd. €)</b>	2,65	2,18
<b>Firmen-Pleiten</b>	27.800	rd. 40.00

Quelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Volker Kauder:

# Deutschland braucht weiterhin Reformen

I.

Die Menschen in Deutschland wissen, dass wir auf dem Reformweg weitergehen müssen, um wieder wettbewerbsfähiger zu werden und die Abstiegsplätze in den europäischen Tabellen zur Wirtschaftslage zu verlassen. Wir haben jetzt einen Zeitraum von drei Jahren mit wirtschaftlicher Stagnation. Dies können wir nur ändern, wenn wir keine Denkverbote ausgeben und nicht wie die Bundesregierung den Rest der Legislaturperiode nur noch verwalten wollen. Die Bereitschaft zum Anpacken ist bei den Menschen in Deutschland vorhanden. Es gibt keine Entschuldigung für die Politik, jetzt nicht alle Chancen zu nutzen, die die verbesserten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen bieten könnten.

Ein Aufschwung für Deutschlands Wirtschaft kann nur gelingen, wenn in den kommenden Monaten bis zum Sommer die Weichen in allen Politikfeldern auf Wachstum umgestellt werden. Dazu sollten erste Schritte für eine kurzfristi-



ge Entlastung und weitere Schritte für einen nachhaltigen Aufschwung unternommen werden.

II.

Als Sofortmaßnahme bietet sich zunächst eine große und grundlegende Neuordnung und Vereinfachung des Einkommensteuerrechts an, die sofort in einer ersten Stufe mit einem Entlastungsvolumen von rund 10,5 Mrd. Euro greifen würde. Der steuerpolitische Stillstand der Bundesregierung führt zweifelsfrei weder zu Wachstum, noch zur Ankurbelung von Konsumeffekten, noch zu einem Investitionsschub in Deutschland. Deshalb sollte sich die Bundesregierung in den nächsten Tagen und Wochen dem Angebot der

Union anschließen, über einen gemeinsamen Gesetzentwurf zu reden.

Das gesamte Hartz-Konzept der Bundesregierung ist nahezu völlig gescheitert. Wir brauchen in Deutschland ein Arbeitsrecht, das die zentralen Kriterien der Beschäftigungsförderung, der Flexibilität, der Transparenz und der Gerechtigkeit erfüllt. In diesem Sinne haben wir einen Antrag im Deutschen Bundestag eingebracht, der die Grundlage für ein entsprechendes Sofortgesetz bildet. Die Schwerpunkte sind:

- weniger Bürokratie für die Betriebe,
- betriebliche Bündnisse für Arbeit,
- ein moderner Kündigungsschutz und weniger Regulierung bei befristeten Arbeitsverhältnissen,
- Ausnahmen beim Arbeitszeitrecht, beim Arbeitsstättenrecht und beim Verwaltungsaufwand für Lohnsteuer und Sozialversicherung,
- Straffung der Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik,
- eine echte Umstrukturierung der Bundesagentur für Arbeit und

■ stufenweise Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung auf 5 %.

Darüber hinaus muss in der Energiepolitik die Wettbewerbssituation Deutschlands weitaus mehr berücksichtigt werden, als das bisher der Fall war. Die Umsetzung entsprechender europäischer Vorgaben und Richtlinien wirkt sich auf die Standortbedingungen in Deutschland meist viel nachhaltiger und beeinträchtiger aus, als dies in anderen Mitgliedsstaaten der Fall ist. Wir sind daher sehr wohl für eine Einhaltung der vereinbarten Klimaschutzziele, aber nur wenn das Instrumentarium dafür grundlegend geändert und neu gefasst wird. Das EEG sollte daher bis zum Jahr 2007 befristet werden und die Anschlussregelung zusammen mit dem Emissionshandel und der Ökosteuern in ein Gesamtkonzept einfließen. Der gerade verabschiedete Handel mit Treibhausgasen darf keinesfalls zu Wettbewerbsnachteilen der deutschen Wirtschaft führen, die bisher auf freiwilliger Basis erhebliche Vorleistung zum Umweltschutz erbracht hat.

Schließlich gilt es, die Bildungspolitik zu optimieren: Konkret ist das Berufsbildungsgesetz zur Verbes-

serung der Qualität der beruflichen Bildung und zur Steigerung der Ausbildungsleistung in den Unternehmen ist zu erneuern und ein sofortiger Stopp der Ausbildungsabgabe notwendig. Notfalls wird die CDU/CSU im Bundesrat dieses Gesetz verhindern. Daneben bedarf es einer Novellierung des Hochschulrahmengesetzes, insbesondere mit einer Aufhebung des Verbotes für Studiengebühren und einer Stärkung des Auswahlrechts der Hochschulen für ihre Studenten.

### Förderung durch Wachstums- programm Ost

Die neuen Bundesländer bedürfen weiter einer besonderen Förderung durch ein Wachstumsprogramm Ost:

- Verlängerung des Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetzes und Ausweitung auf das gesamte Bundesgebiet,
- größere Flexibilität durch Öffnungsklauseln bei gesetzlichen Standards, damit zumindest zeitlich begrenzt von Bundesgesetzen abgewichen werden kann,
- Anpassung der Arbeitsmarkt- und Tarifpolitik an die Bedingungen vor Ort,
- gezielte Verbesserung

der Infrastruktur und der Stadtsanierung und ein investitionsfreundliches Planungsrecht,

- Stärkung des Wissenschafts- und Forschungsstandort Neue Länder,
- gezielte Förderung von Existenzgründern und Unternehmensansiedlungen.

### III.

In einem zweiten Maßnahmenpaket mit langfristiger Wirkung, muss die Forschungsförderung intensiviert und die Technologiefreundlichkeit erhöht werden, um die Innovationskraft der Wirtschaft zu stärken. Deutschland braucht mehr Chancendiskussion und weniger Risikodiskussion. Dafür sind die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in Deutschland bis zum Jahr 2010 auf 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes anzuheben. Zudem brauchen wir mehr Wettbewerb und Innovation in der Telekommunikation. Dies muss im soeben verabschiedeten Telekommunikationsgesetz dringend verändert werden. Schließlich sind die Weiterentwicklung der Biotechnologie und der Einsatz der Grünen Gentechnik in der Landwirtschaft deutlich zu forcieren.

Eine Strukturreform braucht Deutschland unbedingt, was die politischen Entscheidungswege angeht. Hier brauchen wir schnellere, effizientere und vor allem bürgernahe Entscheidungswege. Dazu muss die Föderalismusreform zu mehr Transparenz, zu klareren Zuständigkeiten und zu einem fairen Interessenausgleich zwischen den Regionen und den staatlichen Ebenen führen. Das Ergebnis muss eindeutig eine Effizienzverbesserung der staatlichen Handlungsfähigkeit sein.

Im Niedriglohnsektor muss der Bereich einfacher Tätigkeiten und unterer Lohngruppen reaktiviert wer-

den. Dazu bedarf es einer Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe in einer besseren Form, als dies die Bundesregierung derzeit vorhat, und eines umfassenden Umbaus der Transfersysteme für Langzeitarbeitslose, verbunden mit einer intensiven und flächendeckenden Wiedereingliederung der Langzeitarbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt.

Nach dem 2003 gescheiterten Projekt der Bundesregierung, die Kommunalfinanzen neu zu ordnen, benötigen wir einen Neustart für die Kommunalfinanzen, der auch langfristig zu stabilen und verlässlichen Einnahmen der Kom-

munen führt, einen Ersatz für die abzuschaffende Gewerbesteuer bietet und den Kommunen Spielräume bei den Ausgaben und Investitionen verschafft.

Schließlich braucht Deutschland als Königsprojekt eine große Steuerreform im Sinne einer Steuerstrukturreform, mit einer grundlegenden Vereinfachung und Senkung der Steuerlast. Die Erbschaftsteuer muss betriebs- und investitionsfreundlich reformiert, die Vermögensteuer gesetzlich aufgehoben werden.

**Volker Kauder** ist erster parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## ZUM 50. GEBURTSTAG VON ECKHARDT REHBERG

Die CDU-Bundesvorsitzende Angela Merkel hat die politische Leistung des CDU-Vorsitzenden in Mecklenburg-Vorpommern, Eckhardt Rehberg, gewürdigt.

Das Schicksal des Landes sei untrennbar mit Rehbergs Wirken im Schweriner Landtag verbunden. „Und in der CDU hat Eckhardt Rehberg stets das Wort für den Osten geführt“, hob Merkel bei einem Empfang zum 50. Geburtstag Rehbergs vor et-



wa 300 Gästen im Schweriner Theater hervor.

Angela Merkel erinnerte an ein Positionspapier, mit dem Rehberg 1996 eine innerparteiliche Wertedebatte unter Berücksichtigung

der Erfahrungen aus den Wendeumbrüchen im Osten gefordert hatte. In ihrer Laudatio machte Angela Merkel zudem deutlich: „Eine Einigung mit Eckhardt Rehberg zu finden, ist nicht immer einfach. Aber wenn sie dann da ist, hat er immer Wort gehalten.“

**Eckhardt Rehberg** ist seit 1990 Fraktionsvorsitzender der CDU im Schweriner Landtag. Seit 2001 ist Rehberg Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern.

## BACDJ-Kongress in Karlsruhe

**Unter dem Titel „Deutschlands Zukunft im europäischen Rechtsraum“ fand am 19. und 20. März der rechtspolitische Kongress des Bundesarbeitskreises Christlich-Demokratischer Juristen (BACDJ) in Karlsruhe statt.**

Knapp 250 Teilnehmer, vorwiegend aus den juristischen Berufen, kamen zu dem zweitägigen Kongress. Insbesondere Anwälte nutzten die Chance, sich über praktische Themen, wie den europäischen Haftbefehl, zu informieren.

Der Vorsitzende des BACDJ, Norbert Röttgen, betonte zum Auftakt, dass angesichts der zur Zeit laufenden europäischen Verfassungsgebung und der bevorstehenden EU-Osterweiterung mit allen ihren Folgen ein umfassender Blick auf Europa aus dem rechtlichen Blickwinkel dringend geboten sei. Zum Beginn des Kongresses kommentierte Hans-Jürgen Papier, Präsident des Bundesverfassungsgerichts, unter der Überschrift „Grundgesetz und europäische Integration“ die EU-Verfassungsgebung aus Sicht der deutschen Verfassungsgerichtsbarkeit. Barbara Richstein,

Ministerin der Justiz und für europäische Angelegenheiten des Landes Brandenburg, ging auf die konkreten Veränderungen ein, die sich durch die EU-Osterweiterung für die Anrainer-Länder wie Brandenburg ergeben.

Der zweite Tag war mit vier Foren ganz den juristischen Fachthemen gewidmet. Unter dem Titel „Wie lange ist Solange – haben die deutschen Grundrechte eine Zukunft?“ diskutierten Bundesminister a.D. Rupert Scholz und Justizministerin Richstein die Grundrechtsproblematik der EU-Verfassung. Heribert Hirte von der Uni Hamburg, und Hans-Jürgen Hellwig, Präsident des Rates der Anwaltschaft in der Europäischen Gemeinschaft (CCBE) diskutierten die Frage „Mindestkapital, Minderheitenschutz, Mitbestimmung – feindliche Übernahme des deutschen Gesellschaftsrechts durch das Europarecht?“.

„Europäische Zivilrechtsharmonisierung – Ende der nationalen Selbstbestimmung?“ war die Frage, die Rechtsanwalt Andreas Dietzel, Syndikus der Siemens AG, und Hans Schulte-Nöl-

ke von der Uni Bielefeld erörterten.

Unter der provokativen Frage „Justizielle Zusammenarbeit im Strafrecht – Verbrecherjagd auf europäisch?“ diskutierten der Thüringische Generalstaatsanwalt Winfried Schubert und Generalstaatsanwalt Dato Steenhuis aus den Niederlanden über den Europäischen Haftbefehl und die Schaffung eines Europäischen Staatsanwalts.

Nach einer Mittagspause rief Ministerpräsident Christian Wulff mit Blick auf die Türkei-Debatte dazu auf, Europa nicht überzustrapazieren. Die EU brauche nach der Osterweiterung im Mai erst einmal eine „Verschnaufpause“.

Im abschließenden Podiumsgespräch waren sich der CDU-Spitzenkandidat für die Europawahl, Hans-Gert Pöttering, und der britische Botschafter in Berlin, Sir Peter Tory, darüber einig, dass die europäische Verfassung kommen und die Integration weiterschreiten werde.

Weitere Informationen  
zum BACDJ-Kongress  
→ [www.bacdj.de](http://www.bacdj.de)





# Bürokratieabbau in der Modellregion

**Experimentierklauseln, Öffnungsklauseln, Sonderwirtschaftszonen – die Diskussion um Ausnahmen von der lähmenden Bürokratie gewinnt in Deutschland an Fahrt.**

Hintergrund sind die Beschwerden von deutschen Unternehmen über erhebliche Wettbewerbsnachteile. Und die Zahlen geben den Unternehmen Recht: Während eine Firmengründung in Dänemark im Schnitt drei Tage dauert, wartet ein Existenzgründer in Deutschland rund 42 Tage auf die notwendigen Genehmigungen.

Die CDU hatte bereits zu Beginn des Jahres den Bürokratieabbau innerhalb des Projekts „Wachstum“ zum Thema gemacht. Ein Denkansatz ist die Schaffung von sogenannten Modellregionen mit zeitlich begrenzten Ausnahmeregelungen.

Eine erste Modellregion gibt es bereits – allerdings nur auf Länderebene. Der nordrhein-westfälische Landtag hat kürzlich fraktionsübergreifend ein Gesetz zum Bürokratieabbau in Ostwestfalen-Lippe (OWL) verabschiedet. Der Regierungsbezirk Detmold ist jetzt Modellregion. Für die zwei Millionen Einwohner sind über



Michael Brinkmeier

einen Zeitraum von drei Jahren etwa ein Dutzend bürokratischer Regeln außer Kraft gesetzt worden. Bewähren sich die Ausnahmen, erfolgt eine Umsetzung für ganz NRW.

Als Mitglied des federführenden Wirtschaftsausschusses hat der Landtagsabgeordnete des Kreises Gütersloh, Michael Brinkmeier, den Prozess von Anfang an eng begleitet und unterstützt. „Ob es um die Erleichterung von Existenzgründungen aus den Hochschulen heraus oder um Vereinfachungen bei der Genehmigung von Gebietsentwicklungsplänen geht – die Ansätze, die hier geschaffen wurden, sind innovativ, bringen Bewegung und einen Motivationsschub in die Region“, so Brinkmeier. Noch effektiver könnte die Modellregion arbeiten, wenn es

auch bei bundesrelevanten Vorschlägen Ausnahmeregelungen geben könnte. „Doch leider zögert Wirtschaftsminister Clement bei der Umsetzung der bundesrelevanten Vorschläge aus OWL. Ihm fehlt angeblich noch der verfassungskonforme Rahmen“, so Brinkmeier. Dass der Wirtschaftsminister ausgerechnet hier mauert, sei für die Menschen aus der Region nicht nachvollziehbar.

In der noch jungen Modellregion OWL werden derzeit weitere Vorschläge zum Bürokratieabbau gesammelt. Angesprochen sind alle Institutionen, Vereine und Einzelpersonen, die sich über geringere gesetzliche Hürden Gedanken machen sollen. „Wir in OWL werden die zusätzlichen Freiheiten nutzen und auf einen flächendeckenden Bürokratieabbau hinwirken“, verspricht Brinkmeier.

„Das Bürokratieabbaugesetz OWL ist ein erster kleiner Schritt. Am besten wäre es, wenn die Regierungen in Berlin und Düsseldorf den Mut hätten, mehr Freiheiten für Bürger und Wirtschaft sofort für das ganze Land einzuräumen.“

**Michael Brinkmeier** ist Mitglied im Wirtschaftsausschuss des Landtags NRW.

# Fachgespräche zur Nanobiotechnologie

**Bei einem ersten Fachgespräch der CDU/CSU Bundestagsfraktion mit Wissenschaftlern auf dem Gebiet der Nanobiotechnologie ist es zu einem regen Gedankenaustausch gekommen.**

Helmut Heiderich, Sprecher für Bio- und Gentechnologie der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, hatte dazu die führenden Experten Günter Fuhr, Jörg Kreuter, Frank Schröder-Oeynhausens und Andreas Jordan eingeladen. Übereinstimmend betonten die vier Experten, dass Deutschland im Bereich der Nanobiotechnologie eine führende Rolle einnimmt. „Während in den USA noch über die möglichen Anwen-

dungspotenziale dieser jungen Technologie diskutiert wird, findet in Deutschland schon konkrete Anwendung statt“, so Andreas Jordan, Wissenschaftler der Berliner Charité. So könne die Lebenserwartung von Patienten mit unheilbaren Gehirntumoren durch die Anwendung von Nanopartikeln innerhalb der Magnet-Flüssigkeits-Hyperthermie, erheblich gesteigert werden.

Um die führende Position Deutschlands weiter zu entwickeln, sei eine bessere Zusammenarbeit zwischen Politik und Wissenschaft unabdingbar damit die Wissenschaftsfelder mit Spitzenpotential frühzeitig erkannt werden können, so Günter

Fuhr, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Biomedizinische Technik in St. Ingbert. Weitere Forderungen aus den Reihen der Wissenschaftler betrafen die Verbesserung der Förderung von Ausgründungen und der Produktentwicklung. Auch am Patentverwertungssystem seien Änderungen nötig. Das Potenzial eines Patents sollte durch kompetente Experten bewertet werden. „Das Fachgespräch hat beiden Seiten, der Politik und der Wissenschaft, nützliche Einblicke verschafft. Denn nur durch eine interdisziplinäre Zusammenarbeit kann das Potenzial der Nanobiotechnologie für Deutschland genutzt und ausgebaut werden“, so Heiderich.

## CDU-ARBEITSKREIS ERARBEITET ENERGIEPROGRAMM

**Unter dem Vorsitz des CDU-Bundestagsabgeordneten Joachim Pfeiffer hat sich kürzlich der Arbeitskreis Energieprogramm konstituiert. Der Arbeitskreis erarbeitet ein langfristig tragfähiges Energieprogramm als Leitlinie für die zukünftige Gestaltung der Energiepolitik der Union.**

„Energiepolitik ist Standortpolitik! Mit einem konsistenten Konzept wird

Deutschland wieder zukunftsfähig und hat die Voraussetzungen für Wachstum und Beschäftigung“, so der Arbeitskreisvorsitzende Joachim Pfeiffer. „Wirtschaftlichkeit, Versorgungssicherheit und Umweltverträglichkeit sind gleichrangige Ziele einer nachhaltigen Energiepolitik aus einem Guss. Es gilt, den Energieproduktionsstandort Deutschland langfristig zu sichern und einen breit ge-

fächerten Energieträgermix aufrecht zu erhalten.“

Anreize für Energieeinsparung und Energieeffizienz, Zukunftsoffenheit und Innovationen sind für die Union zwingende Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Energiepolitik. Diese Ziele werden über einen in sich schlüssigen marktwirtschaftlichen Ordnungsrahmen erreicht, der der Wirtschaft Spielraum für effiziente Lösungen lässt.

Erneuter Mitgliederzuwachs im März

# CDU nimmt Kurs auf 600.000 Mitglieder

**Seit Mitte letzten Jahres läuft unsere gemeinsame Mitglieder-Werbeaktion auf vollen Touren. Und – sie zeigt Erfolg!**

Im März 2004 konnte die CDU im Saldo einen Zuwachs von 1.067 Mitgliedern auf jetzt 587.338 erzielen. Das ist der höchste Anstieg in einem Monat seit vier Jahren! Bereits im Februar 2004 haben wir uns über einen positiven Saldo von 137 Mitgliedern freuen können. Diese Ergebnisse zeigen, dass wir attraktiv sind und dass der Trend einer rückläufigen Bindung zu Parteien kein Naturgesetz ist.

Diese Zahlen sind umso erfreulicher, da die SPD auch im ersten Quartal dieses Jahres bereits wieder mehr als 20.000 Mitglieder verloren hat. Dies bringt uns dem Ziel näher, die SPD bundesweit bei der Anzahl der Mitglieder zu überholen. Gemeinsam können wir es schaffen! In den vergangenen drei Monaten sind über 10.000 neue Mitglieder zur CDU gekommen. Diesen Trend gilt es, in den kommenden Monaten fortzusetzen und zu steigern.

Dazu der CDU-Bundesgeschäftsführer Johannes von

Thadden an alle, die zu diesem Erfolg beitragen: „Ich möchte Ihnen ganz besonders herzlich für Ihr Engagement und Ihren Einsatz danken. Dieser Dank gebührt allen Beteiligten, vor allem in den Kreis- und Ortsverbänden, die so tatkräftig der Kampagne zum Erfolg verhelfen. Diesen positiven Trend bei der Mitgliederentwicklung gilt es nun zu verfestigen, um unser gemeinsames Ziel zu erreichen, die 600.000-Marke „zu knacken“. Deshalb bitte ich Sie alle, die Mitgliederkampagne engagiert fortzusetzen.“

## Bestand Landesverbände März 2004:

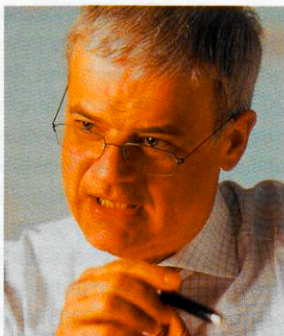
Landesverband	Bestand 31. März 2004	Veränderungen ggü. Vormonat
Baden-Württemberg	79.451	+ 105
Berlin	13.034	+ 43
Brandenburg	7.301	- 30
Bremen	3.533	- 4
Hamburg	10.517	+ 76
Hessen	52.254	- 145
Mecklenburg-Vorpommern	6.998	+ 44
Niedersachsen	81.360	- 156
NRW	185.429	+ 792
Rheinland-Pfalz	56.324	+ 189
Saarland	22.152	+ 25
Sachsen	15.421	+ 39
Sachsen-Anhalt	9.579	+ 46
Schleswig-Holstein	30.432	- 47
Thüringen	13.428	+ 91

## Rheinland-Pfalz braucht Sonderprogramm „Schule, Bildung, Hochschule“

**Den rheinland-pfälzischen Hochschulen geht die Luft aus. Der Landes- und Fraktionsvorsitzende der CDU Rheinland-Pfalz, Christoph Böhr, fordert daher die rheinland-pfälzische Landesregierung dazu auf, ein Sonderprogramm „Schule, Bildung, Hochschule“ aufzulegen.**

Böhr fordert eine Abkehr von der herrschenden 'Politik der Halbherzigkeiten'. „Wir verspielen die Zukunftschancen kommender Generationen, wenn die Politik wachsweiße Beschlüsse fasst und Entscheidungen, die jetzt umgesetzt werden müssten, in ferne Zukunft verschiebt“, so Böhr. „Zukunftsinvestitionen müssen jetzt getätigt werden. Sonst verlieren wir dauerhaft den Anschluss.“

Wir müssen die Grundschule neu denken. Mit Blick auf das Erlernen der Grundfertigkeiten kommt ihr eine zentrale Bedeutung zu. Dass an einer Einschulung mit fünf Jahren kein Weg vorbei führen wird, hat selbst die Landesregierung erkannt. „Wir müssen aber generell mit fünf Jahren einschulen“, fordert Böhr. Er schlägt vor,



Christoph Böhr

im Verlauf einer flexiblen Eingangsstufe gemischte Lerngruppen zu bilden, in denen die Schüler das erste und zweite Schuljahr je nach individuellem Leistungsstand in einem Zeitraum von ein bis drei Jahren durchlaufen. Erst dann erfolgt der Übergang in den Klassenverband. „Es ist für uns selbstverständlich, dass mit der Einführung der flexiblen Eingangsstufe die Klassenstärke überprüft und der Einsatz von zusätzlichem Fachpersonal ermöglicht werden muss. Durch eine Bildungs- und Förderplanung für jedes Kind bis zum 12. Lebensjahr können wir ferner, gemeinsam mit den Eltern, eine alters- und kindgerechte Förderung erreichen.“ Mit der Umsetzung müsse jetzt begonnen werden.

Mit ihrer eigenartigen Regelung – Abitur nach 12 1/2 Jahren – sitzt die Landesregierung zwischen allen Stühlen. Die rheinland-pfälzische Praxis hat sich als untauglich herausgestellt. „Nachdem sich fast alle Bundesländer dafür entschieden haben: Auch in Rheinland-Pfalz muss das Abitur nach 12 Jahren eingeführt werden“, fordert Christoph Böhr.

Böhr fordert, noch für 2004 eine Bereitstellung von 10 Prozent der von der FDP geforderten Summe von 100 Millionen Euro für die Hochschulen des Landes. Geschlossene Bibliotheken, abgestellte Heizungen sind in Rheinland-Pfalz inzwischen Normalität. Böhr begrüßt den Vorstoß der FDP im Land und sagt ihnen bei der Umsetzung ihres Beschlusses volle Unterstützung zu. Der CDU-Landesvorsitzende wies darauf hin, das Rheinland-Pfalz bei den Ausgaben für Wissenschaft und Forschung zusammen mit Brandenburg die rote Laterne trägt. Im Vergleich zu Rheinland-Pfalz investiert das Saarland mit 456 Euro je Einwohner mehr als das Doppelte in seine Hochschulen.

EAK

## Ethischer Dammbbruch befürchtet

**Ausgerechnet in der Karwoche 2004 haben die Bundstagsabgeordneten von SPD, Grünen und FDP die Legalisierung der aktiven Sterbehilfe gefordert.**

Dies wäre ein ethischer Dammbbruch. Demgegenüber muss klar und deutlich gesagt werden, dass auf der Basis des christlichen Menschenbildes Euthanasie in keinem Fall eine Antwort auf die Probleme am Ende des Lebens sein darf. Während Christen in aller Welt sich zu Ostern erneut in der Gewissheit stärken lassen, dass unser Leben und Sterben allein in Gottes Hand liegt, propagieren einige Politiker unseres Landes wie Rolf Stöcker (SPD) den Irrglauben unbeschränkter Selbstbestimmung bzw. Selbstverfügung und bedienen ein völlig verfehltes Verständnis von der



Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises, Thomas Rachel

Würde des leidenden Menschen.

Die Würde des Sterbenskranken wird nicht dadurch sichergestellt, dass ihm durch eine Gesetzesänderung die vollständige Verfügungsmacht über sein Lebensende eingeräumt wird. Die Beispiele der Niederlande und Belgiens belegen vielmehr, wie durch die Freigabe der aktiven Sterbehilfe dem Missbrauch gerade an

nicht einwilligungsfähigen Patienten faktisch Tür und Tor geöffnet worden sind.

Euthanasie, in welcher Form auch immer, widerspricht nicht nur dem ärztlichen Ethos und einer Kultur der liebenden Pflege, Hilfe und Fürsorge, sondern geht auch an den tatsächlichen Bedürfnissen der betroffenen Menschen vorbei. Statt sich für das leibliche und seelische Wohl schwerstkranker und sterbender Menschen mit allen Mitteln der modernen Palliativmedizin und Seelsorge einzusetzen, befürworten Teile von SPD, Grünen und FDP den juristisch geregelten Tod als Lösung. Der EAK wird sich im Gegensatz dazu zusammen mit den Kirchen unbeirrt für eine Kultur des Lebens und der liebevollen Fürsorge bis zum Lebensende einsetzen.

### BERLINER GESPRÄCHE ZUM TABUTHEMA TOD

**„Sterben in der Hochglanzgesellschaft“ – so lautet das nächste Thema in der Diskussionsreihe Berliner Gespräche.**

Jörg-Dietrich Hoppe, Präsident der Bundesärztekammer, und Wilfried Härle, Professor für Evangeli-

sche Theologie an der Universität Heidelberg diskutieren parallel zur „Woche für das Leben“ über das Tabuthema Tod.

Warum blendet unsere Gesellschaft dieses Thema aus? Welche Positionen gibt es zur Sterbehilfe? Wel-

che Rolle spielt die Hospizbewegung? Diese und andere Fragen werden am Montag, den 26. April um 19 Uhr im Konrad-Adenauer-Haus diskutiert. Anmeldungen bitte an die CDU-Bundesgeschäftsstelle, 030/22070-416.

Politische Meinung

## Friedensprojekt Europa

**Europa als großes Friedensprojekt steht im Zentrum der Aprilausgabe der Politischen Meinung. Dabei werden die bevorstehenden Schritte in Richtung Erweiterung, Verfassung und Wahl zum Europäischen Parlament ebenso umrissen wie die Aspekte der Sicherheit, des Hegemoniestrebens, der Identität und des Rückhaltes in der deutschen Bevölkerung.**

Die Autoren sind Christoph-E. Palmer, Hans-Gert Pöttering, Johannes Thomas, Wolfgang Bergsdorf, Marianne Kneuer, Christoph Heusgen, Frank Ronge, Siebo M. H. Janssen, Roland Freudenstein/Viola Neu und Manfred Funke.

Darüber hinaus würdigt die Politische Meinung die Bedeutung Roman Herzogs anlässlich seines 70. Geburtstages (Beitrag von Angela Merkel). Eine Gratulation zu Walter Kempowskis 75. Geburtstag skizziert seinen Lebensweg und seinen literarischen Werdegang.

Eine eigene Rubrik beschäftigt sich im April mit der Debatte zur schwarz-grünen Zusammenarbeit (Michael Jung, Hubert Klei- nert).



Konrad  
-Adenauer-  
Stiftung

Die „Perspektiven“ nehmen in der April-Ausgabe die Familienpolitik der Europäischen Union in den Blick (Christine Henry-Huthmacher) sowie den Verfassungsstaat in seiner friedenspolitischen Rolle (Josef Isensee).

Die Politische Meinung kostet als Einzelheft 6,- €. Schüler und Studenten erhalten einen Sonderrabatt. Bestellungen über den Verlag A. Fromm (Postfach 1948, 49009 Osnabrück), die Redaktion (Fax: 02241-246-610, e-mail: cornelia.wurm@kas.de) oder durch den Buchhandel.

Weitere Informationen zur Politischen Meinung erhalten Sie unter: [www.politische-meinung.de](http://www.politische-meinung.de).

### „BÜRGERMEISTER AM KATZENTISCH?“

#### Zukunft der Kommunalpolitik in Europa

Eine neue Dimension kommunaler Zusammenarbeit wird ab dem 1. Mai 2004 für die Verantwortlichen in Städten, Gemeinden und Kreisen Wirklichkeit. Die Vergrößerung der Europäischen Union um zehn neue Mitglieder verändert nicht nur das Leben in grenznahen Kommunen, sondern wird vielfältige Auswirkungen auf die Entwicklung Deutschlands als Lebens- und Arbeitsraum haben. Dies birgt für die Akteure vor Ort sowohl Chancen als auch Risiken.

Für kommunale Mandatsträger heißt das Gebot der Stunde: grenzenlos zusammenarbeiten.

In der neuen KAS-Publikation „Europäische Integration: Kommunales Leitthema der Zukunft“ (Heft 28 der Reihe „Materialien für die Arbeit vor Ort, ISBN 3-937731-02-4) liefern erfahrene Praktiker und Experten Aspekte zu Großstadt-Strategien sowie Impulse für Kreis und Region. Geboten wird auch ein Blick hinter die Kulissen der aktuellen Diskussion über kommunale Selbstverwaltung im „Europa der 25“.

## Privilegierte Partnerschaft wird populärer

### Erklärung zur Neujustierung der französischen Türkeipolitik:

Die Idee einer privilegierten Partnerschaft zwischen der Türkei und der Europäischen Union gewinnt an Popularität. Die Stimmen in Europa, die eine Vollmitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union für falsch halten, werden lauter. Kürzlich hat der Vorsitzende unserer französischen Partnerpartei UMP vor einer Vollmitgliedschaft der Türkei gewarnt und sich stattdessen für eine privilegierte Partnerschaft zwischen der EU und der Türkei ausgesprochen. Damit greift die Regierungspartei Frankreichs den Vorschlag auf, den Angela Merkel während ihres Türkei-besuchs der türkischen Staats- und Regierungsspitze unterbreitet hat.

Der deutschen Regierung sollten die neuen Überlegungen Frankreichs Anlass sein, die eigene Position zu überdenken. Die traditionelle Freundschaft zwischen Deutschland und der Türkei darf nicht unter Leugnung der realen Probleme in einen blinden Beitrittsautomatismus münden. Die Europäische Union hat mit der Er-



Peter Hintze

weiterung um 10 Staaten zum 1.5.2004 eine große Aufgabe zu bewältigen. Alle verantwortlichen Kräfte in Europa sollten die EU vor einer Überdehnung schützen.

**Peter Hintze** ist der europapolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

## Neue Länder brauchen Doppelstrategie

### Erklärung zur Forschungsförderung Ost:

Um jährlich 30 Prozent ist seit 1996 der Umsatz bei den ostdeutschen Firmen gewachsen, die forschungs- und entwicklungsintensive Waren produzieren. Dieser Trend zeigt, wie die Neuen Bundesländer vorankommen können. Das Potential ist groß, kommen aktuell doch nur 4,5 Prozent des gesamtdeutschen Exports an forschungsintensiven

Waren aus dem Osten.

Bei der Förderung von Forschung und Innovation in den Neuen Bundesländern gilt es in Zukunft zweigleisig vorzugehen:

- 1. Als Motor eines wirtschaftlichen Aufschwungs sind die vorhandenen Wachstumspole zu stärken. Sie sind noch lange nicht selbsttragend. Es besteht die Gefahr, dass die vorhandenen Cluster empfindlich geschwächt werden, weil einzelne Partner ausfallen – entweder weil Unternehmen scheitern oder weil Wissenschaftler aus der Region abwandern.

- 2. Auch außerhalb der großen Cluster müssen innovative Ansätze gefördert werden, um auf längere Sicht zusätzliche Wachstumspole zu erschließen.

Die Forschungsinfrastruktur ist weiter zu stärken. Der DFG sollte wieder ermöglicht werden, in besonders innovativen Bereichen Innovationskollegs zu errichten, wie dies erfolgreich schon einmal 1994 bis 2001 der Fall war. Sie können die Basis für die Einrichtung von Forschungszentren der DFG auch in den Neuen Bundesländern sein.

Auch die bisher von der Regierung abgelehnte Ansiedlung von Großgeräten gehört erneut auf den Prüf-

stand. Beispiel ist etwa die Europäische Spallations-Neutronenquelle (ESS) am Standort Halle/Leipzig.

Eines der größten Hemmnisse für technologieorientierte Unternehmen ist die Gründungs- und Wachstumsfinanzierung. Zur Wiederbelebung des Venture Capital-Marktes brauchen gerade die Neuen Länder günstige Bedingungen im Hinblick auf Transparenz, Klarheit und steuerliche Belastungen. Das heißt z.B. eine öffentlich geförderte Frühphasen-Finanzierung von Hochschul-Spin-Offs und Ausgründungen über spezielle Seed-Finanzierungsfonds und Businessplanwettbewerbe. Die Kapitalgeber brauchen endlich Klarheit über die Besteuerung. Es müssen die Besteuerung des erhöhten Gewinn-Anteils von Fonds-Initiatoren (Carried Interests) geregelt und steuerliche Erleichterungen für Stock-Options geschaffen werden.

Zugleich müssen Kooperationen zwischen Unternehmen und Forschungseinrichtungen in anderen technologischen Bereichen und Regionen mit der Projektförderung unterstützt werden. Die Strategie der Netzwerkbildung ist nach wie vor richtig, da die Unternehmen in den Neuen Ländern in der Mehrzahl zu klein für eigenständige For-

schungstätigkeiten sind. Ein Fehler bestehender Programme ist, sehr stark auf Kooperationen innerhalb der Neuen Länder zu setzen: Netzwerke sollen innerhalb Deutschlands, vor allem auch mit Partnern in den alten Bundesländern, entstehen und zunehmend auch grenzüberschreitend ausgeweitet werden. Mit Blick auf die EU-Erweiterung sind z.B. Kooperationen mit Polen und Tschechien denkbar.

Erfolgreiche Programme für die Wirtschaft, gerade den Mittelstand, wie INNO-WATT und PRO INNO, das vorzeitig im vergangenen Jahr geschlossen wurde, müssen in Zukunft mit ausreichend Finanzmitteln ausgestattet werden. Im Interesse des Mittelstandes, der gerade in den Neuen Bundesländern, die Forschungsleistung der Wirtschaft trägt, sind die Programme zu straffen. Wenige große Programme mit mehr Effizienz statt immer neuer Miniprogramme heißt die Devise.

Aus Qualitätsgesichtspunkten sollte die Forschungsförderung verstärkt auf Projektbasis erfolgen und im Wettbewerb um die besten Konzepte vergeben



Katherina Reiche



Michael Kretschmer

werden. Derzeit konterkariert die Bundesregierung hingegen diesen Weg: Die außeruniversitären, öffentlich geförderten Forschungseinrichtungen erhalten seit Jahresanfang fast keine Projektfördermittel mehr. So wird das Gerede vom Wettbewerb der Besten zur Farce.

**Katherina Reiche** ist die forschungs- und bildungspolitische Fraktionssprecherin. **Michael Kretschmer** ist der Berichterstatter der Fraktion für Forschungsfragen in den Neuen Bundesländern.

## Unternehmen sind nicht die Schulen der Nation

**Erklärung zur Forderung führender Sozialdemokraten die Einführung einer Ausbildungsplatzabgabe zu forcieren:**

Wie jedes Jahr im Frühling klafft eine Lücke zwischen Nachfrage und Angebot freier Lehrstellen. Mit der von der Koalition gegen



alle Kritik von Sachverständigen durchgepeitschten „Lehrlingssteuer“ kann diese Lücke nicht beseitigt werden. Diese Abgabe ist ein Lehrstück sozialistischer Planungsphantasien, verschiebt einseitig die Verantwortung auf die Schultern der ausbildenden Betriebe und verstellt den Blick auf die Wirklichkeit.

Die Zahl der Schulabbrecher und Schulversager steigt. Es sind mittlerweile jedes Jahr fast 100.000 junge Menschen. Das sind knapp 10 Prozent eines Jahrgangs. Viele Schulen stehen hilflos vor dem Problem massenhaften „Schwänzens“. Aber auch diejenigen Schülerinnen und Schüler, die einen Abschluss erreichen, offenbaren dramatische Bildungsmängel. Elementare Grundfertigkeiten: Lesen, Rechnen und Schreiben werden nicht hinreichend beherrscht. Hinzu kommen Defizite im Sozialverhalten, die ihren Grund oft in Erziehungsversäumnissen haben. Jugendliche mit Migrationshintergrund und solche deutscher Abstammung sind gleichermaßen betroffen. Es ist kontraproduktiv, Betriebe durch eine Sondersteuer zu zwingen, noch nicht ausbildungsfähige junge Menschen einzustellen und dafür auch noch im Schnitt zu



Maria Böhmer

hohe Ausbildungsvergütungen zahlen zu müssen: Zwischen 1976 und 2003 gab es hier eine Steigerung um über 200%, während Löhne und Gehälter im gleichen Zeitraum nur um 156% stiegen.

Wenn die Kosten der Arbeit, auch der von Auszubildenden, mit Blick auf ihre Fähigkeiten und Kenntnisse zu hoch sind, müssen sie – gerade im Interesse der Auszubildenden – gesenkt werden können. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion schlägt eine gesetzliche Neuregelung vor, die es erlaubt, die Ausbildungsvergütung durch Vertrag zwischen ausbildendem Unternehmen und Auszubildendem bis zu einem Drittel unter dem Branchenüblichen festzusetzen. Wer die Instrumente noch nicht beherrscht, die ihn befähigen, erfolgreich einen Beruf zu erlernen und auszuüben, von dem müssen

weitere Anstrengungen, muss ein Weiterlernen eingefordert werden. Dies ist allemal besser, als junge Menschen in eine Karriere als Sozialtransferbezieher zu entlassen, bevor sie jemals irgendwo eingestellt waren. Was wir dringend brauchen, ist eine Verzahnung von Schule und Berufsausbildung schon im letzten Jahr des Schulbesuchs, vorzugsweise der Hauptschule.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat einen Gesetzentwurf zur Neuregelung der beruflichen Bildung in den Deutschen Bundestag eingebracht, der Anfang Mai beraten wird. Ziel ist eine radikale Vereinfachung und Modernisierung des Berufsbildungsrechts. Damit leisten wir einen effektiven Beitrag zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenmangel in Deutschland.

Die Bundesregierung bleibt weiter in der Pflicht: Alle Anstrengungen werden deshalb fruchtlos bleiben, wenn die Bundesregierung nicht die Weichen hin zu einer unternehmensfreundlichen und beschäftigungsfördernden Wirtschafts- und Steuerpolitik stellt.

**Maria Böhmer** ist die stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

# Bestellschein Glücksrad

**Fax 030 22070-389**

CDU-Bundesgeschäftsstelle  
Bereich Produktion und Distribution  
Klingelhöferstraße 8  
10785 Berlin

**Absender/KV-Nr.**  
**Rechnungsanschrift**

--	--	--	--

**Lieferanschrift**

(falls nicht identisch)

CDU-Verband oder Name

CDU-Verband oder Name

Ansprechpartner

Ansprechpartner

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

Telefon

Telefon

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Anzahl	Artikelbezeichnung	Einzelpreis	Gesamtpreis
	<b>Glücksrad</b> mit neuem Nylonkunststofflager, verschleißfrei inkl. 30,68 € Versandkosten für Spedition	<b>265,68 €</b> (308,19 €)	



Auf Wunsch andere Farbausstattung  
der beiden Farbfelder (ähnlich HKS oder  
Pantone) möglich  
Mehrkosten Preis je Expl.: 35,00 €

**Glücksrad-Sonderanfertigung**

- individuell gestaltetes Rad bis zu einem  
4-Farbdruck
- Digitaldruck nach Ihren gestellten Daten

Preis je Expl. **420,68 €** (487,99 € inkl. MwSt.)  
inklusive Verpackung und Versand

Datum, Unterschrift

Preise in den Klammern sind inkl. 16% MwSt.

# Bestellschein Canvassing-Stand

Fax 030 22070-389

CDU-Bundesgeschäftsstelle  
 Bereich Produktion und Distribution  
 Klingelhöferstraße 8  
 10785 Berlin

**Absender/KV-Nr.**  
**Rechnungsanschrift**

--	--	--	--

**Lieferanschrift**

(falls nicht identisch)

CDU-Verband oder Name

CDU-Verband oder Name

Ansprechpartner

Ansprechpartner

Straße

Straße

PLZ, Ort

PLZ, Ort

Telefon

Telefon

Bitte vollständig in Druckschrift ausfüllen. Sie erleichtern uns dadurch die Bearbeitung.

Anzahl	Artikelbezeichnung	Einzelpreis	Gesamtpreis
	<b>Canvassing-Stand</b> Aus witterungsbeständigem Kunststoff, weiß – Bestehend aus Vorderfront und 2 Seitenteilen – faltbar – Thekenplatte mit 2 Bohrlöchern, wahlweise für Aufsatz-Panel oder CDU-Sonnenschirm – 2 Einlegeböden mit je 2 Bohrlöchern Außenmaße: Breite 0,79 cm x Höhe 0,90 cm x Tiefe 0,49 cm – Frontmaße geeignet für Din-A1-Plakate	<b>125,30 €</b> (145,35 €)	
	<b>Aufsatz-Panel</b> Panel aus Kunststoff und 6-teilige Haltestangen	<b>36,80 €</b> (42,69 €)	
	<b>Tragetasche</b> Aus schwarzem Nylon, passend für den kompletten Stand inkl. Aufsatz	<b>45,50 €</b> (52,78 €)	
	<b>Aufsatz-Panel bedruckt</b> Aufsatz-Panel bedruckt mit dem aktuellen CDU-Logo (ohne 6-teilige Haltestangen)	<b>16,30 €</b> (18,91 €)	

Für Handling und Lagerung zzgl. 5,11 € pro Bestellung  
 Normalversand (innerhalb einer Woche) zzgl. ca. 7,67 €  
 Eilversand (über Nacht) zzgl. ca. 15,34 €

Preise in den Klammern sind inkl. 16% MwSt.

Datum, Unterschrift

Union Betriebs GmbH  
Postfach 1190  
53348 Rheinbach  
PVSt. Deutsche Post AG  
Entgelt bezahlt.



**Canvassing-Stand**

Bestellformular Seite 19



### Leporello „Erstwähler“

Bestell-Nummer: **2143**

Preis je 100 Stück: **10,75 €**

inkl. MwSt.: 11,50 €

## BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services  
Bertelsmann-Versandzentrum  
Postfach 1162, 33759 Versmold  
Telefax 05241-8041892  
e-mail:  
cdu-shop@bertelsmann.de